

I3 3-Punkte-Plan zur Flüchtlingspolitik

Gremium: KV Fürstenfeldbruck
Beschlussdatum: 24.09.2024
Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 **Kommunen entlasten**

2 **Rechtslücken schließen, Vollzugsdefizite abstellen**

3 **Europäische Lösung beschleunigt umsetzen**

4 Die öffentliche Debatte um die Flüchtlingspolitik in Deutschland reißt nicht ab.
5 Die Ampel-Regierung versucht, den immer neuen Forderungen der CDU/CSU-Opposition
6 mit schrittweisen Verschärfungen entgegenzukommen. Diese Strategie geht nicht
7 auf: die in Teilen rechtsextreme AfD wird trotzdem stärker; CDU/CSU reagieren
8 auf jedes Entgegenkommen mit immer weitergehenden Forderungen, die auf die
9 völlige Erosion des europäischen Flüchtlingsrechts abzielen. Es muss jetzt darum
10 gehen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Ampel-Politik und in eine
11 progressive Koalition nach der nächsten Bundestagswahl 2025 wiederherzustellen.
12 Gleichzeitig müssen wir die Sorgen der Bürger*innen ernst nehmen und eine gute
13 positive Antwort darauf anbieten.

14 Weltweit nimmt das Fluchtgeschehen weiter zu – zuletzt für uns besonders spürbar
15 durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine, der eine Million Menschen von dort
16 als Geflüchtete zu uns getrieben hat. Es gibt keinen Schalter, mit dem man die
17 Zunahme der weltweiten Fluchtbewegungen auf Null stellen kann – dazu gibt es
18 leider zu viele Krisenherde. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die daraus
19 resultierenden europäischen Rechtsnormen sind die humanitäre Antwort darauf.

20 Deutschland und seine Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren eine
21 Herkulesaufgabe geschultert: Deutschland liegt lt. aktuellen UNHCR-Angaben mit
22 2,6 Mio. Geflüchteten auf Platz 4 der Länder weltweit hinsichtlich der Anzahl
23 aufgenommener Geflüchteter. In Europa hat kein Land – außer Tschechien – mehr
24 Geflüchtete pro Einwohner aufgenommen. Es gibt Millionen Menschen in unserem
25 Land, die mit ihrem Engagement zum Gelingen beigetragen haben – Landrätinnen und
26 Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, ehrenamtlich Engagierte und
27 hauptamtlich Tätige. Auf diese humanitäre Leistung können wir mit großem Stolz
28 blicken.

29 **Um diese humanitäre Grundhaltung zukunftsfest zu machen, braucht es jetzt eine**
30 **kombinierte Strategie von Entlastung, dem Abstellen von Vollzugsdefiziten und**
31 **der beschleunigten Umsetzung der bereits beschlossenen europäischen Lösung**
32 **(GEAS).**

33 1. Entlastung

34 Aufnahme und Integration der Geflüchteten findet in den Landkreisen und Kommunen
35 statt. Hier müssen Entlastungsmaßnahmen, die kurzfristig wirken, zuerst
36 ansetzen.

37 Dazu fordern wir:

- 38 • Integration von Migrant*Innen muss per Gesetz als Pflichtaufgabe der
39 Kommunen definiert werden – statt als sog. ‚freiwillige Aufgabe‘. Dann
40 haben sie Anspruch auf eine angemessene und dauerhafte finanzielle
41 Ausstattung aus Steuermitteln dafür. Die Kommunen können dann kommunale
42 Integrationskonzepte erstellen, die angepasst auf ihre Situation vor Ort
43 wirken. Dies ist die Basis für alle Einzelmaßnahmen.
- 44 • Die Anzahl der hauptamtlichen Integrationsberater*Innen muss
45 bedarfsgerecht erhöht werden, um die Ehrenamtlichen von Routineaufgaben zu
46 entlasten. Das entlastet unmittelbar und gibt gleichzeitig den
47 Ehrenamtlichen wieder neue Kraft.
- 48 • Die Ghettobildung durch lange Verweildauer in den
49 Gemeinschaftsunterkünften muss bekämpft werden durch einen Aktionsplan
50 ‚kostengünstige Wohnungen für Geflüchtete mit Einfach-Standard‘ und die
51 Mobilisierung von Leerstand. Dafür gibt es Beispiele, z.B. in München. Das
52 Baurecht muss entsprechend angepasst werden.
- 53 • Gleichmäßige Verteilung der Geflüchteten. Immer wieder kommt es vor, das
54 kleine Kommunen mit übergroßen Gemeinschaftsunterkünften konfrontiert
55 werden. Die konsequente Anwendung des ‚Königsteiner Schlüssels‘ bei der
56 Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen (nicht nur Länder und
57 Landkreise) schafft hier sofortige Abhilfe gegen Überforderung.
- 58 • Beseitigung der noch verbliebenen Hürden für die schnellstmögliche
59 Integration in den Arbeitsmarkt; Arbeit zuerst – mit begleitenden
60 Sprachkursen.
- 61 • Schulen und KiTas müssen personell so ausgestattet werden, dass sie die
62 Integrationsaufgaben mit den zugewanderten Kindern auch wirklich leisten
63 können. Dies schafft unmittelbare Entlastung für Lehrer*Innen und

64 Erzieher*Innen vor Ort.

65 Dies alles kostet Geld und muss deshalb in den Haushalten von Bund, Ländern und
66 Kommunen entsprechend abgebildet werden. Unredlich ist das Versprechen, dieses
67 Geld könne man sich sparen, wenn man den Flüchtlingszuzug abstellte. Denn die
68 Maßnahmen sind jetzt schon dringend nötig. Wer sie verweigert, verweigert den
69 Kommunen und den Haupt- und Ehrenamtlichen konkret wirksame Entlastung.
70 Umgekehrt gilt: gelingende Integration ist die beste Prävention gegen
71 Radikalisierung, senkt mittelfristig die Kosten und trägt zum Wohlstand unserer
72 Gesellschaft bei.

73 2. Rechtslücken schließen, Vollzugsdefizite abstellen

74 Die Ereignisse der letzten Wochen haben schlaglichtartig klar gemacht, dass es
75 Lücken gibt sowohl im Vollzug geltenden Rechts als auch im Recht selbst. Dazu
76 haben unsere Landtagsfraktion und das Autorinnenpapier aus der
77 Bundestagsfraktion zur inneren Sicherheit – beide vom August 2024 - Wesentliches
78 festgestellt und gefordert. Dazu gehört u.a.

- 79 • Kein Asyl für Gewalttäter und Islamisten. Die Genfer
80 Flüchtlingskonvention, Art. 33, Abs.2, legt fest: „Auf die Vergünstigung
81 dieser Vorschrift (,Verbot der Ausweisung und Zurückweisung‘) kann sich
82 jedoch ein Flüchtling nicht berufen, der aus schwerwiegenden Gründen als
83 eine Gefahr für die Sicherheit des Landes anzusehen ist, in dem er sich
84 befindet, oder der eine Gefahr für die Allgemeinheit dieses Staates
85 bedeutet, weil er wegen eines Verbrechens oder eines besonders schweren
86 Vergehens rechtskräftig verurteilt wurde“. Diese können und sollen daher
87 abgeschoben werden. Dabei muss allerdings vermieden werden, dass es zu
88 diplomatischen Aufwertungen von Terrorregimes wie den Taliban in
89 Afghanistan kommt.
- 90 • Anspruch und Wirklichkeit zusammenbringen - Abschiebungen und
91 Überstellungen entschlossen durchführen:Es darf nicht länger hingenommen
92 werden, dass zehntausende Menschen, die aufgrund vorliegender
93 Voraussetzungen abgeschoben oder überstellt werden könnten, im Land
94 bleiben. Die Menschen erwarten, dass die Politik alle Anstrengungen
95 unternimmt, unsere Gesellschaft so zu entlasten, dass die Strukturen
96 arbeitsfähig bleiben. Die gesetzlichen Grundlagen sind geschaffen und
97 diese Bundesregierung hat sie noch einmal verschärft. Aber der Vollzug ist
98 noch mit zu vielen Mängeln behaftet.
- 99 • Zu alledem braucht es mehr Ressourcen u.a. bei den Ausländerbehörden, beim
100 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie in der Justiz, damit
101 Verfahren beschleunigt und effektiver werden. Dazu braucht es eine
102 gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern.

103 Die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen trägt zur Erhöhung des
104 gesellschaftlichen Sicherheitsgefühls wesentlich bei.

105 **3. Europäische Lösung beschleunigt umsetzen**

106 Seit April dieses Jahres gibt es – nach fast 10-jährigen Verhandlungen – ein
107 ‚Gemeinsames europäisches Asylsystem‘ (GEAS), dem alle EU-Länder und das
108 Europaparlament zugestimmt haben. Es löst das gescheiterte Dublin-System ab. Es
109 schafft ein verbindliches Solidaritäts- und Verteilsystem (entweder Aufnahme
110 Geflüchteter oder finanzielle und personelle Leistungen), bei dem die Verteilung
111 an den Außengrenzen stattfindet. Die innereuropäischen Grenzen bleiben offen.

112 Es muss bis spätestens 2026 überall in nationales Recht umgesetzt werden. Das
113 sollte schneller gehen!

114 Wir Grüne hatten und haben mit diesem Kompromiss große Bauchschmerzen. Aber
115 jetzt ist er Beschlusslage und der einzig realistische Weg, der nachhaltig
116 Entlastung für Deutschland bringen kann.

117 Konservative, Sozialdemokraten und Liberale wollten diese Reform. Es ist nicht
118 seriös, wenn man sich gegen Gesetze stellt, die man selbst gerade mitbeschlossen
119 hat.

120 Die CDU-Forderung, einseitig die Grenzen Deutschlands zu schließen, zerschießt
121 diese Lösung, weil sie eine Kette von Gegenreaktionen der anderen EU-Ländern
122 auslösen würde, an deren Ende geschlossene Grenzen in ganz Europa stünden. Das
123 Europarecht, das Schengen-Abkommen, die Genfer Flüchtlingskonvention würden
124 erschüttert. Das wäre die Abrissbirne für die europäische Nachkriegsordnung. Im
125 Alleingang kann Deutschland die komplexen Asylprobleme keinesfalls lösen.

126 Stattdessen kommt es jetzt darauf an, die europäische Lösung so schnell wie
127 möglich und mit Nachdruck umzusetzen. Dazu gehört auch, von den europäischen
128 Partnern einzufordern, dass sie Geflüchtete lückenlos registrieren und nicht
129 einfach weiterschicken an die Grenzen zum Nachbarland.

130 **Abschließend:**

131 Wir wollen eine Flüchtlingspolitik fortsetzen auf der humanitären Grundlage des
132 Völkerrechts - der Genfer Flüchtlingskonvention.

133 Damit das dauerhaft gelingt, brauchen wir jetzt konkret fühlbare und
134 wirkungsvolle Entlastung – für die Kommunen, für die Menschen, für unser Land.

135 Dafür braucht es deutliche Unterstützung für bessere Integration in den
136 Kommunen, Behebung gesetzlicher Lücken und von Vollzugsdefiziten und die
137 nachdrückliche Umsetzung der europäischen Lösung.

Unterstützer*innen

Peter Hartmann (KV Bad Kissingen)